

E-Readiness in Schweden, Finnland und Österreich

*Herbert Gassner**

*A-7000 Eisenstadt, Wiener Straße 9
Herbert.Gassner@justiz.gv.at*

Schlagworte: Statskontoret, 24/7-agencies, Northern eDimension Action Plan, Swedish e-government initiative, Central Government e-Forum

Abstract: 1995 traten Schweden, Finnland und Österreich gemeinsam der Europäischen Union bei. Es ist daher spannend, zwischen diesen drei Ländern einige Vergleiche zu ziehen. Im Beitrag wird der Versuch unternommen, zu erklären, warum die skandinavischen Staaten bei der „E-Readiness“ Österreich bei weitem überflügelt haben.

1. Einführung

Sowohl Schweden als auch Finnland haben offenere, lebhaftere und daher auch bessere und sparsamere politische Systeme als Österreich. Seit dem Jahr 1906 gibt es in Finnland ein Parlament. Seit diesem Zeitpunkt haben Frauen alle politischen Rechte im Staat, also insbesondere das aktive und passive Wahlrecht. Ein Zustand, der in Österreich erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verwirklicht werden konnte. Derzeit gibt es in Finnland 9 politische Parteien, welche sich um die 200 Sitze im Parlament bewerben. In Finnland kommt man ebenso wie in Schweden mit einem Einkammer-System („unicameral parliament“) aus. Das schwedische Parlament („Sveriges Riksdag“) wechselte am 1. Jänner 1971 zu einem Einkammer-System über. Derzeit sind im 349-köpfigen Riksdag, welcher in 16 Ausschüssen arbeitet, 7 Parteien vertreten. Hier gibt es auch die mit 43% höchste Frauenquote aller Parlamente der Welt. Kennzeichnend für die skandinavischen Staaten ist das große politische Gewicht der Sozialdemokratie, welche etwa in Schweden von 1932 bis 1976, also 44 Jahre hindurch, ununterbrochen regierte, davon 15 Jahre in Koalitionen mit einer oder mit anderen Parteien. Der mit Abstand bekannteste schwedische Politiker ist noch immer *Olof Palme* (1927-1986), der von 1969 bis 1976 und von 1982 bis 1986 schwedischer Premierminister war. Im Jahre 1986

* Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

fiel er einem Mordanschlag zum Opfer. Schweden und Finnland weisen sehr viele Ähnlichkeiten auf. Dies mag wohl auch davon herrühren, dass Helsinki 1550 durch den schwedischen König *Gustav Wasa* gegründet und Finnland erst 1809 von Schweden getrennt wurde. Finnland ist offiziell ein zweisprachiges Land. Etwa 6% der Bevölkerung haben Schwedisch als Muttersprache. Öffentliche Dienste sind in beiden Sprachen erhältlich, und Schwedisch ist Pflichtgegenstand für alle Schulkinder. Da mehr als die Hälfte der Schwedischsprachigen in Finnland „über die Sprachengrenze hinweg“ heiratet, sank der Anteil der schwedischen Minderheit im Laufe eines Jahrhunderts von rund 13% auf die erwähnte Zahl von 6%. NOKIA, das wohl bekannteste finnische Unternehmen, ist der schwerste Börsenwert Europas. Etwa 30% des Personals von NOKIA sind im Forschungs- und Entwicklungsbereich beschäftigt. Im August 1998 war Finnland das erste Land der Welt, in dem der Anteil der Handy-Besitzer die Grenze 50% der Bevölkerung überschritt. Im Dezember 1998 errang Finnland wiederum einen internationalen Rekord, weil die Zahl der Handys erstmals die Zahl der Festnetztelefone überstieg. Schweden war das erste Land der Welt, welches schon im Jahr 1993 seinen Telekommunikationsmarkt deregulierte und dem globalen Wettbewerb aussetzte. Sowohl in Schweden als auch in Finnland gibt es seit jeher eine bemerkenswerte Innovationsfreude und -kraft: Ein Schwede, nämlich *Johan Palmstruch* (1611-1671), erfand 1661 die Banknote. Als der in Schweden geborene *Alfred Nobel* (1833-1896) starb, waren 355 Patente auf seinen Namen registriert. Aus Finnland wiederum stammt das freie Betriebssystem LINUX, dessen „geistiger Vater“ der in Helsinki geborene *Linus Torvalds* ist. Der „Europäische Computer-Führerschein“ mit seinen 7 Modulen ist auch eine finnische Erfindung. Finnische Weltinnovationen waren bisher u.a. auch eine den Cholesterinspiegel senkende Margarine sowie der zahnfreundliche Naturzucker Xylitol. Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung wurde in Finnland von 1,2% des BIP im Jahr 1981 auf fast 3% im Jahr 1999 gesteigert. Das Land investiert 7,2% seines BIP in das Bildungswesen; dies ist der höchste Wert aller OECD-Staaten. Diese Budgetstruktur hat Finnland zu einem der wettbewerbsstärksten Länder der Welt gemacht. Hohe Forschungsaufwendungen und ein exzellentes Bildungs- und Innovationssystem garantieren auch weltweite Erfolge im Bereich von e-commerce und e-government.

2. E-Readiness im Ländervergleich

Der Aktionsplan eEurope 2002, welcher im Jahr 2000 im portugiesischen Feira beschlossen worden war, setzte 64 Ziele, welche bis Ende 2002 erreicht werden sollten. Nach dem Endbericht, welchen die Europäische

Kommission am 12. Februar 2003 annahm, war dieser Aktionsplan ein bedeutender Erfolg auf dem Weg in Richtung Informationsgesellschaft¹. Im Bereich des öffentlichen Dienstes galt es, 20 „basic public services“ online zu stellen, wobei 12 davon als „citizen-oriented“ und 8 als „business-oriented“ eingestuft wurden. Nach einer umfassenden Benchmarking-Studie von *Cap Gemini Ernst & Young*², welche die Umsetzung des Aktionsplans eEurope 2002 beim E-Government in den 15 Mitgliedstaaten der EU sowie in Norwegen, Island und der Schweiz analysierte³, lag Schweden mit einem Angebot von bereits 87% bei den online verfügbaren Verwaltungsapplikationen an der Spitze. Auch Dänemark (82%) und Finnland (76%) befanden sich bei diesem Ranking klar vor Österreich.

Nicht nur was E-Government anlangt, belegt Österreich keinesfalls eine führende Position: Auch beim E-Commerce zählen wir bei weitem nicht zu den „Top Ten“ im weltweiten Vergleich. Dies belegt eine vor kurzem erschienene Publikation⁴ der „Economist Intelligence Unit“ (EIU), der Forschungsabteilung des renommierten britischen Wochenmagazins „The Economist“. Auch hier war Schweden die Nummer 1, gefolgt von Dänemark. Finnland und Norwegen nahmen gleichfalls bessere Plätze ein als Österreich, welches in diesem „E-Readiness“- Ranking auch von seinen Nachbarländern, Deutschland und der Schweiz, geschlagen wurde.

Egal, welche internationale Studie man heranzieht: Österreich liegt weit hinter den skandinavischen Ländern. Nach dem E-Government Index 2001 der UNPAN⁵ ist Österreich sogar an die vorletzte Stelle aller 15 EU-Mitgliedstaaten gerutscht (nur Griechenland schnitt noch schlechter ab). Nach dem „Global E-Government Survey 2002“, erstellt von *Darrell M. West* von der Brown University (Rhode Island, USA), erreichte Österreich auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten einen Wert von nur 47,4 und wurde von den nordischen Staaten, aber auch von Deutschland und der Schweiz, deutlich überholt. Österreich findet sich auch nicht unter den „Top Ten IT countries“ der Welt nach dem bekannten IDC/World Times Information Society Index (ISI).

Ob „European Innovation Scoreboard“ der Europäischen Kommission, ob „World Competitiveness Yearbook“ des Lausanner IMD oder die „E-Government Usage“-Studie von *Taylor Nelson Sofres*: Österreich hat weder beim E-Government noch beim E-Commerce eine Spitzenposition er-

¹ http://europa.eu.int/eeurope/information_society.

² <http://www.cgev.com/news/2003/0206egov.pdf>.

³ Erhebungen fanden im Oktober 2001 und im April 2002 statt, dies bei über 10.000 öffentlichen Dienstleistern.

⁴ Zusammenfassung samt Charts abgedruckt in der „Wiener Zeitung“ vom 3. April 2003, S. 13.

⁵ <http://www.unpan.org>.

reicht. Die beiden Staaten hingegen, welche mit Österreich im Jahr 1995 der Europäischen Union beigetreten sind, also Schweden und Finnland, sind bei den meisten Untersuchungen ganz vorne anzutreffen.

Bis zum Jahr 2000 hielt das heimische Wirtschaftswachstum mit den skandinavischen Staaten noch mit. Diese wuchsen jährlich um durchschnittlich 2,2% weiter, Österreich fiel auf 1,7% reales Wirtschaftswachstum zurück⁶. Ein trauriges, aber symptomatisches Beispiel: Der in Puchenu bei Linz ansässige österreichische Softwareanbieter für E-Government Applikationen Fabasoft ging im Oktober 1999 an den Neuen Markt in Frankfurt. Nach einem Höchststand der Aktie von 61,25 € am 13. 2. 2000 betrug ihr Kurs per 13. 2. 2003 gerade noch 2,00 €, sie hat somit über 95% ihres Wertes verloren⁷.

Schweden ging hier einen andere Wege. Hier begann man schon 1976, die in der Nähe von Stockholm gelegene „Kista Science City“⁸ aufzubauen, in welcher rund 700 Unternehmen, davon an die 400 im High-Tech Bereich, ihren Sitz haben. In Stockholm gibt es eine eigene „IT University“⁹, welche stufenweise auf 12.000 Studierende bis zum Jahr 2010 anwachsen wird und eine Top-Ausbildung bietet. Eine hohe Forschungsquote, maximal mögliche Investitionen in das Bildungswesen und eine klug durchdachte Innovationsstrategie sind die „Geheimnisse“ der Erfolge der skandinavischen Staaten.

3. E-Government in Schweden und Finnland

Die schwedische E-Government Initiative geht auf den Juni des Jahres 2000 zurück, als die schwedische Regierung einen Aktionsplan für die Modernisierung der gesamten öffentlichen Verwaltung präsentierte. Im November 2000 wurde das „Central Government E-Forum“ als Kooperationsplattform zur Förderung behördenübergreifender Zusammenarbeit in IT-Angelegenheiten eingerichtet. Man erkannte klar, dass nur eine gemeinsame IT-Infrastruktur, welche auch regionale und lokale Stellen einbezieht, erfolgreiches E-Government ermöglicht. Lose, nur unzureichend miteinander vernetzte und sehr fragmentierte IT-Strukturen im öffentlichen Bereich wurden als Hindernis für die weitere Entwicklung eingestuft. Die Strategie, die man in Schweden verfolgt, kann man wohl am besten mit den Schlagwörtern „unifying approach“ und „coherent public administration“ beschreiben.

⁶ Wifo-Prognose für das Jahr 2003, vgl. „profil“ vom 17. 2. 2003, S. 28.

⁷ Lt. „profil“ vom 17. 2. 2003, S. 56.

⁸ <http://www.kista.com>.

⁹ <http://www.studera.it.kth.se>.

Im Juni 2001 beauftragte die schwedische Regierung die „Swedish Agency for Public Management“ Statskontoret¹⁰, sogenannte „24/7-agencies“ zu entwickeln und aufzubauen. Ein Endbericht darüber ist von Statskontoret im Juni 2003 vorzulegen. Weiters betreibt Statskontoret auch Akzeptanzförderung für E-Government. Während etwa im Mai 1998 nur 11% aller Schweden das Internet benutzten, um sich an öffentliche Stellen zu wenden, stieg ihre Zahl im September 2000 auf 27% an. Die in Schweden bislang durchgeführten Untersuchungen ergaben, dass Männer die Online-Angebote öffentlicher Stellen häufiger in Anspruch nehmen als Frauen, und zwar in allen Altersgruppen. Die häufigsten E-Government User sind zwischen 20 und 45 Jahre alt. Die Interaktionen mit öffentlichen Stellen beschränkten sich in der Anfangsphase meist nur auf Informationssuche und auf das sporadische Herunterladen von verfügbaren amtlichen Formularen aus dem Internet. Die weitere Entwicklung von E-Government in Schweden ist durch Versuche der Qualitätssteigerung gekennzeichnet: Man will neue Bevölkerungsschichten zum E-Government hinführen bzw. Personen, die E-Government schon in Anspruch nehmen, noch mehr bieten als bisher. Um dem „Digital Divide“ entgegenzuwirken, hat die schwedische Regierung ein Netz von öffentlichen Internet-Terminals, welche „kiosks“ genannt werden, aufgezogen. Diese „kiosks“ kommen vor allem in dünn besiedelten Gebieten zum Einsatz und werden in Ämtern, Bibliotheken etc. aufgestellt.

Im benachbarten Finnland ist die Entwicklung ähnlich verlaufen. Seit dem 26. Jänner 2001 wurde der „Northern eDimension Action Plan“ entwickelt, dem sich auch die baltischen Staaten angeschlossen haben.

Warum die skandinavischen Staaten zu den „Top 10 IT countries“ der Welt gehören, hat viele Ursachen. Was Schweden anlangt, wird meist darauf verwiesen, dass dieses Land eine Vorreiterrolle bei der Deregulierung des gesamten Telekommunikationssektors in Europa einnahm. Die schwedische Regierung hat weiters 1998 ein „Home PC program“ gestartet: Wer sich einen eigenen PC mit Internetzugang zulegte, wurde vom Staat mit Steuererleichterungen belohnt.

Die schwedische Finanz¹¹ bietet im Web ein „24/7-service“, ebenso wie „platsbanken“, eine rund um die Uhr erreichbare Jobdatenbank¹² der staatlichen Arbeitsmarktverwaltung (AMS), welche massiv abgefragt wird.

Einen Besuch wert ist die Webseite des schwedischen Parlaments¹³, welche auch in englischer Sprache einen guten Überblick über das politi-

¹⁰ <http://www.statskontoret.se>.

¹¹ <http://www.rsv.se>.

¹² <http://platsbanken.ams.se>.

¹³ <http://www.riksdagen.se>.

sche System in Schweden bietet. Die Webseite der schwedischen Regierung¹⁴ enthält u.a. Informationen über den geplanten Ausbau von E-Government Applikationen. Für ausländische User ist Schwedens nationales Portal „Sverigedirekt“¹⁵ interessant, weiters das „Swedish Institute“¹⁶, eine öffentlich-rechtliche Einrichtung, welche eine Fülle von Materialien über das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in Schweden bietet.

¹⁴ <http://www.regeringen.se>.

¹⁵ <http://www.sverigedirekt.se>.

¹⁶ <http://www.si.se>.